

Sachkomitee dazu entließ, den Antrag seiner Ver-
gliederung wegen der Schaffung einer einheitlichen Vor-
zugspolizei in Mitteleuropa einfach fallen ließ und zu-
rückzog. Es kann jetzt wenig ausmachen, daß der Völ-
kerbund nun empfiehlt, es möge eine Organisation
langfristiger Kredite zur Antisepsis der Landwirtschaft
Weg greifen, daß es den Nachfolgestaaten nahe-
legt, mit Österreich Handels- oder Wirtschaftsverträge
abzuschließen, die eine Ausdehnung der österreichischen
Wirtschaft und des österreichischen Handels ermöglichen.
Endlich ist es mehr symptomatisch für die ganze Un-
gelassenheit, als praktisch bedeutungsvoll, wenn schließ-
lich der Völkerbund den Nationalstaaten die möglichst
baldige Ratifizierung der Konvention von 1928 emp-
fiehlt, wodurch Österreich wichtige Vorteile erhalten
wünsche, besonders infolge der in der Konvention gefor-
derten Veröffentlichung jeder beabsichtigten Veränderung
der Zolltarife. Werden sich die Nationalstaaten jetzt
beugen, neue Maßnahmen herbeizuführen und auf die
notwendigen Kurien, die Österreich retten sollen, Rück-
sicht zu nehmen, wenn sie es bisher nicht der Mühe wert
gefunden haben, die Rezepte von 1928 zu befolgen?

Für Österreich allerdings enthalten die Ratifizierung
und Empfehlungen des Völkerbundes wichtige Lehren.
Vor allem muß es klar herausgesagt werden, daß die
Fortsetzung der schwarzen Außenpolitik, die sich noch
immer an einen Geistesputz klammert, von dem in Mit-
teleuropa niemand mehr etwas wissen will, vor allem
unsinnig und daher schädlich ist. Das eine Jahr Heinrich
Kautsky ist für die Außenpolitik Österreichs ein gänz-
lich vergebliches und verlorenes. Österreich kann vom
Völkerbund nicht mehr erhalten, als höchstens die Ga-
rantie für eine internationale Anleihe in engen Gren-
zen und zu hohen Zinsen. Von den Nationalstaaten
vollends kann es schon gar nichts erwarten. Die mit-
teleuropäische Solidarität hat sich noch immer nicht
auf das deutsche Volk ausgedehnt. Sollte sie wirklich
eingreifen, so nur, um das deutsche Volk auch weiterhin
von seiner nationalen Vereinigung abzuhalten. Eine
vernünftige österreichische Außenpolitik kann also nur
ein einziges Ziel haben und das heißt deutsche Schick-
salsgemeinschaft und eine einzige Aufgabe, zwischen Wien
und Berlin nicht nur streng korrekt freundschaftliche, son-
dern auch innig warme und weitblickende Beziehungen
zu schaffen, die auf getrennten Wegen zu demselben
Ziel führen.

Besprechungen über die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 9. Dez. Wie die Blätter melden, fand ge-
stern abend eine Besprechung des Reichskanzlers mit den
Führern der Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der
Kommunisten und Bäckischen über die Verfertigung der
Erwerbslosenfürsorge statt. Das Ausmaß der Erhöhung der
Erwerbslosenfürsorge konnte laut „Lokalanzeiger“ noch
nicht bestimmt werden, weil sich noch nicht übersehen läßt,
bis zu welcher Höhe die Anzahl der Erwerbslosen an-
steigen wird.

Vertreter des Vereins für das Deutschtum im Ausland beim Reichspräsidenten.

Berlin, 8. Dez. Der Reichspräsident empfing heute
vormittag den Vorstand und die Landesverbandsvorsitzen-
den des Vereins für das Deutschtum im Ausland
unter Führung des Staatssekretärs a. D. von Hinge.
Erz. von Hinge berichtete über die Arbeit des Vereins
für das Deutschtum im Ausland, dessen Ehrenvor-
sitzender Reichspräsident von Hindenburg ist, und gab
den Verehrung und dem Vertrauen aller Vereinstange-
hörigen zu der Person des Reichspräsidenten Ausdruck.
Der Reichspräsident dankte in seiner Erwiderung dem
Vorstand, den Landesverbandsvorsitzenden und dem ge-
samten Verein für die geleistete wertvolle Arbeit zur
Erhaltung und Stärkung des Deutschtums, insbesondere
der deutschen Schulen im Ausland; er sprach den
Wunsch und die Hoffnung aus, daß der Verein in der
Zusammenfassung der Deutschen im Ausland unter-
einander und zur Gemeinschaft mit den Deutschen im
Inlande erfolgreich weiterarbeiten möge.

Eine Rede Dr. Wirths in Freiburg.

Freiburg, 8. Dez. Dr. Wirth sprach heute abend
auf Einladung der Zentrumspartei hier über die poli-
tische Lage. Er sagte, eine ungeheure Erregung gehe
jetzt durch die notleidenden Schichten. Die Gründung
einer neuen Partei sei zwecklos. Er wolle in den repu-
blikanischen Parteien Männer und Frauen politisch so
orientieren, daß sie schließlich dem deutschen Volkstaat
dienen. Zur Außenpolitik erklärte Dr. Wirth, jetzt sei
die Stunde gekommen, wo wir uns im Völkerbund
orientieren müssen. Alle Kritik an dem Werk von Do-
rarno halte er jetzt für überflüssig. Bei der Regierungs-
bildung soll nach Dr. Wirths Auffassung die soziale
Not die maßgebende Richtlinie sein.

Entwurf eines Gesetzes über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzesentwurfes, aus
dem im Nachstehenden ein kurzer Auszug gegeben ist,
treten die Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht zur
Abwendung des Konkurses vom 14. Dezember 1918 außer
Kraft. Die beim Inkrafttreten des Referentenentwurfes
anhängigen Geschäftsaufsichten werden nach den bis-
herigen Vorschriften weiter geführt. Unter gewissen
Voraussetzungen gilt in diesen Fällen die Geschäftsauf-
sicht für aufgehoben, und es ist dann von Amts wegen
zu entscheiden, ob das Konkursverfahren zu eröffnen sei.
Der Entwurf selbst zerfällt in zehn Abschnitte.
Diese behandeln folgende Gebiete: 1) Allgemeine Vor-
schriften. 2) Eröffnung des Verfahrens. 3) Wirkungen
der Eröffnung des Vergleichsverfahrens. 4) Verhand-
lungen und Vergleichstermin. 5) Entscheidung über

die Befähigung des Vergleichs, Wirkung des bestätigten
Vergleichs. 6) Einstellung des Verfahrens. 7) Ueber-
leitung des Vergleichsverfahrens in das Konkursver-
fahren. 8) Besondere Bestimmungen. 9. Strafvor-
schriften. 10) Schluß und Uebergangsvorschriften.

Zur Einleitung des Entwurfes heißt es: Ein
Schuldner, der zahlungsunfähig ist, kann zur Abwendung
des Konkurses bei dem für die Eröffnung des Konkurs-
verfahrens zuständigen Gerichte die Eröffnung eines ge-
richtlichen Vergleichsverfahrens beantragen. Paragraph
15 besagt, daß in acht im einzelnen aufgezählten Fäl-
len die Eröffnung des Vergleichsverfahrens abzulehnen
ist. Die Paragraphen 24 und 25 behandeln u. a. die
Fragen des Gläubigeraussschusses. Im Paragraphen 48
sind die Voraussetzungen für den Abschluß eines Ver-
gleichs niedergelegt. Ueber den angemessenen Ver-
gleich bestimmt Paragraph 52, daß er der Befähigung
des Gerichte bedarf. Im Paragraphen 64 heißt es zum
Vergleichsverfahren: „Wird das Verfahren eingestellt,
so ist zugleich, auch wenn ein Antrag auf Eröffnung
des Konkurses nicht gestellt war, zu entscheiden, ob das
Konkursverfahren zu eröffnen ist.“

Ein Fememord-Untersuchungsausschuß beantragt.

Berlin, 9. Dez. Die Sozialdemokraten haben im
Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Bildung
eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der
Fememorde und Fememordorganisationen fordert.

Massenkundgebung der Beamtenschaft in Berlin.

Berlin, 8. Dez. Die unteren Besoldungsgruppen
der Beamtenschaft veranstalteten heute abend eine of-
fentliche Kundgebung gegen die Not der Beamtenschaft.
Es wurde eine Entschliesung angenommen, in der es
u. a. heißt: Die Beamten der unteren Besoldungsgrup-
pen richten an Regierung und Volksvertretung noch ein-
mal den dringenden Ruf, daß wirksame und sozial ge-
rechte Hilfe sofort erfolgen muß, wenn nicht der völ-
lige Zusammenbruch der unteren Beamtenschaft und
unermesslicher Schaden für das Volksganze eintreten
soll.

Zusammensetzung und Arbeitsprogramm des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz.

Genf, 8. Dez. In dem vorbereitenden Ausschuss für
die Abrüstungskonferenz sollen außer sämtlichen Natio-
nstaaten, also auch Deutschland nach seinem Eintritt in
den Völkerbund, folgende Länder vertreten sein: Finn-
land, Polen, Jugoslawien, Rumänien und Holland.
Außerdem sollen Rußland und die Vereinigten Staaten
von Nordamerika eingeladen werden, Vertreter in die-
sen Ausschuss zu entsenden.

Es ist jedoch nicht sicher, ob die Vereinigten Staa-
ten und Rußland der Einladung zur Teilnahme an den
Arbeiten dieses Ausschusses Folge leisten werden. Der
Rat beschloß, daß die Zahl der Ausschussmitglieder un-
gerade sein soll. Für den Fall, daß Amerika und Ruß-
land bei den Arbeiten mitwirken, ist nach zuverlässigen
Nachrichten beabsichtigt, entweder Ungarn oder Bulga-
rien als 19. Mitglied hinzuzuziehen. Eine endgültige
Entscheidung darüber bleibt einer späteren Ratstagung
vorbehalten. Hinsichtlich des Arbeitsprogramms des
vorbereitenden Ausschusses, über das die Meinungsver-
schiedenheiten in den beiden Punkten auch bei der heu-
tigen Aussprache im Völkerbundsrat bestehen blieben,
scheint die Absicht vorzuherrschen, eine endgültige Ent-
scheidung erst zu treffen, wenn Deutschland dem Völ-
kerbundsrat als ständiges Ratsmitglied angehört.

Österreichischer Protest gegen Strafvollzug an dem deutschen Forscher Sauer.

Wien, 8. Dez. Die Geographische Gesellschaft hat
an die afghanische Botschaft in Berlin folgende De-
pesche gerichtet: „Im Namen der Kulturgesellschaft
protestiert die Wiener Geographische Gesellschaft gegen
die nach Zeitungsnachrichten bevorstehende Hinrichtung
des deutschen Forschungsreisenden Strauß-Sauer unter
Verufung darauf, daß Notwehr auch nach islamischem
Recht Straffreiheit sichert.“

Faschistische Neubildung des italienischen Journalistenvereins.

Rom, 7. Dez. Gestern versammelte sich hier der
Generalrat des italienischen Journalistenvereins. Nach
der Rechnungslegung reichte der bisherige leitende Aus-
schuss, der ausschließlich aus Mitgliedern der Opposition
bestand, seine Entlassung ein, die auch angenommen
wurde. Es wurde ein neuer faschistischer leitender Aus-
schuss gewählt, der seine Zustimmung zum Eintritt in
die faschistische Gewerkschaft erteilte. Sämtliche Jour-
nalistenvereine wurden aufgefordert, die Mitglieder des
früheren leitenden Ausschusses, die während der Ab-
stimmung den Saal verlassen hatten, aus ihren Mit-
gliederlisten zu streichen.

Japanische Warnung an die chinesischen Generäle.

Tokio, 8. Dez. Im Hinblick darauf, daß der Schau-
platz der Feindseligkeiten in der Mandschurei an die ja-
panische Verteidigungslinie heranrückt, gibt das japa-
nische Kriegsamt den Text einer Mitteilung bekannt, den
der japanische Oberbefehlshaber in Kwangtung gleich-
zeitig an die einander bekämpfenden chinesischen Gene-
rale richtet. Es wird in dieser Mitteilung betont, daß
Japan die Politik der Nichtteilnahme beibehalten
wolle, jedoch zum Vorgehen gezwungen sein könnte,
falls die Feindseligkeiten zu einer Gefährdung des Le-
bens und Eigentums japanischer Staatsangehöriger oder
zu einer Bedrohung der japanischen Truppen führen
sollten.

Die Mossulfrage vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 8. Dez. Vor einem überfüllten Saal be-
gann heute nachmittag kurz nach 3 1/2 Uhr die öffentliche
Verhandlung des Völkerbundsrates über die Mossul-
frage. Der Rat weist mit Ausnahme des englischen
Vertreters, wo an Stelle Chamberlains Kolonialmini-
ster Amercy erschienen ist, die gleiche Vertretung wie
bisher auf.

Unter großer Spannung erfuhr der Präsident
Scialoja die türkische Delegation, an der Ratschef Waj
zu nehmen. Er zeigt es sich, daß der Außenminister
Zevki Bey es vorgezogen hat, in seinem Hotel zu
bleiben und an seine Stelle den türkischen Gesandten
in Belgrad Rifvet Bey in den Rat zu schicken, der
neben dem türkischen Gesandten in Bern Wuntz Bey
Waj nimmt.

Nach einem kurzen Bericht des Präsidenten des
Dreier-Komitees des Rates, des schwedischen Ratsdele-
gierten Unden, der sich darauf beschränkt, dem Rat die
Annahme des Gutachtens des internationalen Gerichtes
auf Grund des Artikels 3 des Lausanner Vertrages die
endgültige Entscheidung über die türkisch-mesopotamische
Grenze durch einstimmigen Beschluß mit Ausnahme der
Stimmen der beiden Parteien zuzuschreiben, nahm der eng-
lische

Kolonialminister Amercy

das Wort zu einer kurzen Erklärung. Er erklärte sich
namens der englischen Regierung mit der Ansicht des
Gerichtshofes einverstanden und fügte hinzu, es könne
keine Rede davon sein, daß die englische Regierung auf
einem anderen Fuße behandelte würde wie die türkische
Regierung und daß die Erklärung beider Regierungen,
die vor einem Jahre vor dem Rat abgegeben wurden,
wonach sich die Regierungen verpflichteten, die Entschel-
dung des Rates anzunehmen, uneingeschränkt gültig
bliebe. Der Rat habe auf Grund des Artikels 3 des
Lausanner Vertrages das Recht und die Pflicht, zu ent-
scheiden.

Dieser kurzen und klaren Erklärung gegenüber be-
ging der

türkische Gesandte Wuntz Bey
den großen Fehler, eine lange, fast dreiviertel Stunde
dauernde, mit juristischen Spitzfindigkeiten gespickte Rede
zu halten, anstatt sich ebenfalls auf eine kurze und ein-
drucksvolle Erklärung zu beschränken. Er vertrat nat-
urgemäß die im vorigen Jahr von dem türkischen
Außenminister eingenommene These, wonach die Er-
klärung, die Lord Curzon gelegentlich der Verhand-
lungen über Mossul abgegeben hat, zur Interpretierung
des Artikels 3 des Lausanner Vertrages hinausgeschoben
werden müßte. Da nun feststeht, daß Lord Curzon in
Lausanne in der Tat der türkischen Delegation erklärt
hat, daß der Völkerbundsrat keine Entscheidung ohne
die Zustimmung der türkischen Regierung werde fällen
können, so hätte diese These schon längst und vielleicht
gerade heute besonderen Eindruck auf den Rat machen
können wenn sie wirkungsvoller vertreten worden wäre.

So hatte der türkische Delegierte nur die platonische
Genugtuung, daß der Berichterstatter Unden ihm durch-
aus darin zustimmte, daß es die Hauptaufgabe des Rates
sei, zu vermitteln und daß er erst dann entscheiden
dürfe, wenn alle Bemühungen auf Vermittlung ge-
scheitert seien.

Als Präsident Scialoja darauf über die Frage ab-
stimmen lassen wollte, ob das Gutachten des inter-
nationalen Gerichtshofes vom Rate angenommen wer-
den soll, erklärte Wuntz Bey, er nehme an, daß dabei
die Parteien mitstimmen dürften, und daß ihre Stim-
men zählen.

Unden erklärte, daß auch dabei nach Artikel 4
des Völkerbundsstatutes die Stimmen der Parteien nicht
zählen und fragte den türkischen Delegierten, auf wel-
chen Artikel des Statutes er seine Ansicht basiere.

Präsident Scialoja warf ein, daß es sich überhaupt
bei dieser Abstimmung um eine Frage des Verfahrens
handle, und daß dabei die einfache Mehrheit der Stim-
men der Ratsmitglieder genügend sei.

Obgleich eine Anzahl von Ratsmitgliedern an-
scheinend mit dieser Rechtsauffassung des berühmten
Juristen auf dem Präsidentenstuhl nicht einverstanden
war, wurde dieser Geschäftsordnungsdebatte, die sich
in die Länge zu ziehen drohte, durch eine kategorische
Erklärung Wuntz Bays ein Ende gemacht. Der türki-
sche Delegierte verlas eine formulierte Erklärung, daß
die türkische Delegation keine Vollmachten bestimme,
an Verhandlungen des Völkerbundsrates teilzunehmen,
bei denen sie nicht stimmberechtigt sei. Lord Curzon
habe in Lausanne der türkischen Delegation versprochen,
daß die Stimme der türkischen Regierung in jeder Phase
des Verfahrens gehört werden würde.

Angesichts dieser verzwickten Situation, die dem
Völkerbundsrat als Erbe der Unkenntnis des Völ-
kerbundsstatutes seitens des verstorbenen englischen Außen-
ministers Lord Curzon hinterlassen wurde, blieb dem
Präsidenten Scialoja schließlich nichts anderes übrig
als um 5 Uhr die Sitzung zu vertagen und eine neue
Sitzung auf 8 Uhr anzusuberaumen. In der Zwischenzeit
wollt der Rat sich über die strittige Frage schlüssig werden.

Marokkorkriegsbericht.

Madrid, 8. Dez. Nachrichten aus Mekilla besagen,
daß die spanientreuen Eingeborenen einen Einfall in
das Gebiet der Aufständischen unternommen und die
Telephonverbindungen zwischen Tasguin-Tebel-Abia und
Bent Tuffin abgeschnitten hätten. Die Abtreibung sei
ohne Verlust wieder zurückgeführt.

Russisch-englische Gewerkschaftsversammlungen in Berlin.

Berlin, 9. Dezember. In Berlin begannen gestern
Verhandlungen englischer und russischer Gewerkschafts-
leiter über die Frage der Zusammenarbeit der russischen Ge-
werkschaft mit der Amerikaner Internationale.

Hand-
Reu-
geford-
men fin-
immer r-
nehmung-
Domäne
Vielbest-
nicht er-
Enalant-
Gebäude
räten vo-
20 Klom-
Bund S-
legier.
in der U-
zum Pro-
Kaiser so-
explosion-
sträten u-
der Stell-
legungen.
Bek-
gericht H-
gegen da-
Geschäfts-
Beleucht-
einem U-
Kaufhaus-
men, bab-
saden ver-
suchs zu
3 Fr-
bet aus
polizei ge-
Joch ein-
funden h-
ergeben h-
Sonnaber-
die Sozies-
schlagen h-
zeitweise
einer Stu-
drei Fran-
der letzter-
ums Leber-
gesagt mu-
getreten n-
haben, un-
De Moti-
anlaßt ha-
nommen.
Ein i-
in Bad S-
Elf davon
Kücht-
An Vord-
sche Tauch-
Rede ein-
nach Kiel
Die f-
Markt Bro-
einwachen
zu fangen
nahe Scho-
Kings ma-
mitterte i-

Rund um die Welt.

Ein letztes Opfer des Explosionsunfalls in der Neu-Neuburger Feuerwerksfabrik. Das Explosionsunfall in der Neu-Neuburger Feuerwerksfabrik hat jetzt ein weiteres Opfer gefordert, so daß insgesamt sechs Personen ums Leben gekommen sind. Zwei weitere schwerverletzte Personen befinden sich immer noch in Lebensgefahr und sind bis jetzt noch nicht vernehmungsfähig.

Großfeuer auf einer Domäne bei Gabelsleben. Auf der Domäne Klüfner brach Großfeuer aus, durch das der ganze Viehbestand, darunter 70 Kühe und die gesamte Ernte, vernichtet wurde.

Schadenfeuer in Oul. In einem der größten Lagerhäuser Englands, in Oul, brach ein Brand aus, durch welchen das Gebäude mit den darin lagernden großen Korn- und Getreidevorräten vollkommen zerstört wurden. Der Brand war auf etwa 20 Kilometer hin sichtbar. Der Schaden wird auf 4 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Großexplosion auf Reche de Wendel — zwei Tote, ein Verletzter. Auf der Reche de Wendel ereignete sich am Dienstag in der Abteilung Benzolfabrik ein schwerer Unfall. In einem zum Zwecke von Reparaturen außer Betrieb gehaltenen Gaskühler fand aus bisher noch unbekannter Ursache eine Gasexplosion statt. Zwei auf dem Kühler beschäftigte Arbeiter starben auf einer Höhe von 20 Metern ab und wurden auf der Stelle getötet. Ein anderer Arbeiter erlitt schwere Verletzungen.

Bestechungsversuch im Reklamewesen. Das Schöffengericht Berlin-Witte verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungswesen, Berlin, gegen den bisherigen Geschäftsführer Abraham Kopelansky der Fa. Reklame-Belichtung Berlin GmbH. Der Angeklagte versuchte, zu einem Angestellten der Reklameabteilung eines Berliner Kaufhauses in die bekannten „guten Beziehungen“ zu kommen, dadurch, daß er den Angestellten in ein Weinhaus einladen und ihm eine Kiste Raritäten schenken wollte. Das Gericht verurteilte Kopelansky wegen dieses Bestechungsversuchs zu 250 RM Geldstrafe.

3 Frauen ermordet. Die „Ostdeutsche Morgenpost“ meldet aus Bleimitz: Am Sonntagabend wurde der Kriminalpolizei gemeldet, daß im Hause des Gelegenheitsarbeiters Josef eine Frau Schein mit einem Schädelbruch tot aufgefunden wurde. Wie die sofort eingeleiteten Ermittlungen ergeben haben, soll Josef mit der Frau in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Streit geraten sein, wobei er die Schein anscheinend mit einem schweren Gegenstand erschlagen hat. Weitere Feststellungen ergaben, daß der Mann seitweilen mehrere Frauen in seiner Wohnung, die nur aus einer Stube besteht, beherbergt hat und daß auffallenderweise drei Frauen nacheinander dort verstorben sind. Innerhalb der letzten acht Tage ist eine Frau Buda und jetzt die Schein ums Leben gekommen. Wie von verschiedenen Personen ausgelegt wurde, soll Josef den Frauen, bevor noch der Tod eingetreten war, gewaltsam Brennspiritus in den Mund geossen haben, um als Todesursache Alkoholvergiftung vorzutäuschen. Die Motive, die den Mann zum Mordenden der Frauen veranlaßt haben, sind nicht bekannt. Der Mörder ist festgenommen.

Ein Rechten der Zeit. Um die Stelle eines Kurdirektors in Bad Soden haben sich mehr als 850 Personen beworben. 67 davon sind in die enoere Wahl gekommen.

Mittheilung der deutschen Taucherexpedition aus England. An Bord des englischen Perforators Wolfhound traf die deutsche Taucherexpedition aus England auf der Brunsbütteler Reede ein und setzte mit dem Motorschlepper Doppel die Fahrt nach Kiel fort.

Die Rahe, die den Fuchs fing. Aus einem Dörfchen der Mark Brandenburg wird erzählt, daß es dieser Rahe e'ner einfachen Hausfrau gelang, ihren stärkeren Vetter, den Fuchs, zu fangen. Die brave Rahe war einem Berlin in die nahe Schönow nachgezogen, als ihr Vetter Reineke benannte. Fuchs machte sie lehr, aber der offenbar hungrige Fuchs mitterte in Rahe eine wohlwollende Mithel und konnte

wie wahnhaftig hinterdrein. Wiege nahm den Weg nach Hause, der Fuchs immer hinterher. Die sprang die Treppe hoch, der Fuchs ebenfalls und nun begann ein Kampf. Die Frau des Hauses schloß rasch die Türe ab und lief zum Nachbar. Dieser erlegte alsbald mit zwei Schüssen den frechen Eindringling.

Tschechisch-österreichisches Wespenszenen gegen die Bismarck. Vor einigen Tagen wurde die österreichische Regierung bei der tschechischen auf diplomatischem Wege vorstellig, die Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen der Bismarck zu verschärfen, da sich dieses für die Fischerei und für die Leich- und Fischanlagen so schädliche Tier von Böhmen nach dem anstehenden Oesterreich immer mehr verbreitet. Die Bismarck wurde wenige Tage vor dem Kriege von dem böhmischen Großgrundbesitzer Graf Kolorek-Wansfeld in wenigen Exemplaren auf seinem südböhmischen Besitz eingeführt, weil der Graf, der mit einer Amerikanerin verheiratet war, hoffte, aus der Pelzverwertung Nutzen ziehen zu können. Es zeigte sich aber, daß das Fell der böhmischen Bismarck mit dem der amerikanischen nicht konkurrieren konnte, da sich das Tier in Böhmen ein recht krüppelhaftes Fell angeeignet hatte. Die Bismarck vermehrte und verbreitete sich mit ungeheurer Schnelligkeit und war von Böhmen aus bereits in die Nachbarländer vorgebrungen. Die Schäden, die sie in den südböhmischen Teichgebieten angerichtet hat, sind enorm. Die vor einigen Tagen erfolgte Intervention der österreichischen Regierung hatte bereits nur Kolorek, daß von Prag aus verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung der Bismarck herausgegeben wurden.

Brand in einer französischen Wollspinnerei. In der vergangenen Nacht ist in einer Woll- und Baumwollspinnerei in Roubaix aus bisher noch unbekannter Ursache ein Brand ausgebrochen. Der Schaden soll sich auf 1200 Millionen Franc belaufen.

Schwerer Eisenbahnunfall in England. Bei Fenny Stratford in Buckinghamshire hat sich vorgerstern Abend ein furchtbares Unglück ereignet. Einer der Tourenautobusse, die von Fenny Stratford nach Woburn Sands laufen, fuhr an einem Eisenbahnübergang durch die bereits geschlossene Schranke und wurde von dem Beford-Aug überfahren. Sieben Personen wurden getötet, während sieben weitere schwer verletzt wurden.

32 Millionen Defizit der Wembley-Ausstellung. Die Treuhändergesellschaft, die die Rechnungen der Reichsausstellung in Wembley zu prüfen hatte, hat festgestellt, daß die zweijährige Ausstellung mit einem Verlust von rund 32 Millionen Goldmark abgeschlossen hat. Die Einnahmen betragen 54 Millionen, während die Ausgaben für die Errichtung der Ausstellungsgebäude, der Anlage der Wege und der Beleuchtungsanlage ebenfalls 54 Millionen betragen haben. Die Gehälter der Angestellten, die für zwei Jahre annähernd 32 Millionen Pfund betragen haben, bleiben völlig ungedeckt. Wenn die Ausstellung im vorigen Jahr geschlossen hätte, hätte sie einen Verlust von 39 Millionen Goldmark ergeben. Diejenigen Personlichkeiten und Körperschaften, die Garantiezusagen für Wembley geleistet haben, werden von der Treuhändergesellschaft aufgefordert, für jedes Pfund geleistete Garantie eine vorläufige Zahlung von 15 Schilling zu machen.

Duell eines italienischen Dramatikers. Der auch in Deutschland bekannte italienische Dichter Roberto Bracco, der auch in der Politik eine Rolle spielt und als Abgeordneter dem italienischen Parlament angehört, hat dieser Tage eine Sabelpartie mit einem Grafen Riccardi ausgetroffen. Er erhielt dabei einen schweren Armbruch. Der Grund waren politische Streitigkeiten, die dadurch entstanden waren, daß der Dichter ein Reichstagsabgeordneter und sein Contra Kandidat ist.

Russland verkauft Krondiamanten. Nach einer Meldung der Moskauer „Pravda“ ist ein Vertreter der größten Amsterdamer Diamantfirma in Moskau eingetroffen, um Diamanten aus dem Kronschatz anzukaufen.

Der letzte Wille einer alten Kunster. Eine alte Enkelin, die mit Hinterlassung von einer Viertel-Million Mark starb, verfügte im Testament, daß ihre Liebhaberei vom Hausarzt mit Blausäure getötet und im gleichen Sarge wie sie selbst bestattet werden sollte.

Des Prinz von Wales als Friedensstifter. Wie aus London geschrieben wird, hat er es wirklich nicht leicht, „The Smiling Prince“, wie der Prinz von Wales gemeinhin genannt wird. Erst kürzlich ist er von einer längeren Reise zurückgekehrt und nun soll er sich schon wieder auf den Weg machen. Allerdings gilt es diesmal nicht eine Reise in die weite Welt, sondern bloß einen Kaperzug nach Irland. Er soll nämlich versuchen, den Schlichter zwischen den Irländern und den Engländern zu spielen und den Frieden auf der „grünen Insel“ wieder herzustellen. Einige der hervorragenden irischen Führer sollen den Prinzen ausdrücklich auf den Irn gebeten haben, zu ihnen zu kommen und Frieden und Verständigung zwischen den streitenden Parteien zu schaffen. Die Irn darum bitten, geben die Versicherung ab, daß dasjenige, was den allernächsten Staatsmännern in jahrelangen Gräbeln und Gelehrtenbesprechungen nicht gelang, „Prinz Gharman“ mit einigen Handbrüden und einem Lächeln ausführen kann. Der lächelnde Prinz wird also sein Lächeln in den Dienst der hohen Staatskunst stellen dürfen.

Nur eine Prinzessin! Die Kronprinzessin von Japan, Nagako, hat einer Tochter das Leben geschenkt. Da man nach dem glücklichen Vorgange einen Sohn erwartete, ist die Enttäuschung im Lande sehr groß.

Ein Rekord im Klavierspielen. Zwei Klavierlehrer, Professor Durt von Jamestown (New-York) und Professor Baucia aus Baltimore haben, wie amerikanische Blätter melden, einen Match ausgetroffen, um zu entscheiden, wer von den beiden länger beim Klavierspiel verharren könne. Durt spielte unterbrochen 61 Stunden und neun Minuten. Der 21jährige Baucia gab einige Minuten vorher auf. Seine seines Arztes den merkwürdigen Aweckkampf auf. Die Spielregeln erforderten ein ununterbrochenes Spiel und verboten jegliche Nahrungsaufnahme mit Ausnahme von Kaffee und Tabak. Einhändiges Spiel genügte, Fehler wurden nicht angerechnet, da es mehr auf die Ausdauer als auf die Darmonie ankam. Die Zahl der gespielten Töne schätzte man auf vier Millionen. Die Einsparprämie betrug 2000 Dollars.

Neu Milliarden Vermögenssteuer. Die Luftbarkeitssteuer, die seit dem vorigen Jahre auch in Amerika sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, scheint den öffentlichen Kassen gewaltige Mittel zuzuführen zu lassen. Man berechnet, daß die Bevölkerung im Laufe dieses Jahres über zwei Milliarden Dollars, also über acht Milliarden Mark, für steuerpflichtige Vermögensgegenstände ausgegeben hat. Bei einer zehnprozentigen Luftbarkeitssteuer ergeben sich für Staat und Stadt phantastische Einnahmen.

Der Frauenkongress in Athen.

Am 6. Dezember hat in Athen der dritte Kongress der Kleinen Entente der Frauen begonnen, der seine Beratungen bis zum 13. Dezember fortsetzen wird. Die Kleine Entente der Frauen, die am Kongress der Liga für Frauenstimmrecht in Rom im Jahre 1923 gegründet wurde, umfasst ursprünglich nur die Frauenorganisationen von Jugoslawien, Rumänien und Griechenland. Später traten auch jene in Polen und in der Tschechoslowakei bei, obwohl die Kleine Entente der Frauen sich als ihre hauptsächlichste Aufgabe die Erlangung des aktiven und passiven Frauenstimmrechts in den drei ergründeten Ländern stellte, das in den beiden letztgenannten Ländern bereits eingeführt wurde. In den drei Jahren ihres Bestandes ist es der Kleinen Entente der Frauen aber auch gelungen, in den für ihre Ziele äußerst ungünstigen Balkanländern die öffentliche Erörterung aller Fragen, die Frau und Kind betreffen, immer reger zu gestalten. Auf dem ersten Kongress der Kleinen Entente der Frauen, der vor zwei Jahren in Bukarest stattfand, wurden hauptsächlich gemeinsame Arbeits- und Organisationsmethoden erörtert. Der zweite Kongress, der im Vorjahre in Belgrad abgehalten wurde, befaßte sich bereits mit den rechtlichen Einzelfragen und wandte sein Augenmerk insbesondere den bürgerlichen Rechten der Frauen und der unehelichen Kinder zu. Der heutige Kongress, der in Athen zusammengetreten ist, erörtert insbesondere das Eherecht und die soziale Lage der Beamtinnen in den Staaten der Kleinen Entente.

Der Liebeskäfig.

Roman von Hans Land.

Vertrieb: Carl-Dunder-Verlag, Berlin W. 82.

(14 Fortsetzung.)

„Sieh einmal,“ sagte er sanft, „begreifst du nicht, daß es mich quält? Wir kommen uns täglich näher. Wachsen ineinander. Dies ist längst — längst schon mehr für mich geworden als ein kurzweiliges Abenteuer. Es wurmt mich, daß du es noch immer als ein solches ansehest.“

Statt aller Antwort sah Tamara plötzlich ganz zweifelt vor sich hin. Es war solche Ratlosigkeit in ihren Augen, daß er erschauerte.

„Kannst du mich nicht verstehen?“ drängte er bittern. „Ich bin ja doch in der steten Furcht, dich plötzlich zu verlieren.“

„Du verläßt mich wahrscheinlich in dem Moment, wo du an diese Schleier rührst. Dann wäre der ganze Jauber für mich unüberbringlich dahin. Tu es nicht. Tuo! Es wäre namenlos bitter, wenn das geschähe. Wie ich empfinde, so ist mir das vollkommen zweifellos, wenn du mich übermorgen — dort — in Abwesenheit — mit meinem bürgerlichen Namen anbedest, — das wäre das Ende für mich. Ich glaube bestimmt, in dem Moment, wo du das tatest, fiel der Vorhang unerbittlich — und unser Liebes, schönes Jaubermärchen wäre zu Ende.“

Er seufzte. „Daß du das nicht fährst, Tamara? Vom liebsten Menschen, den man hat, mit einem falschen, häßlichen Namen gerufen zu werden!“

„Oto? Er ist gar nicht so häßlich! Daß es doch dabei! Ich will — ich darf deinen wirklichen Namen nicht wissen. Ludl dich doch, du Nieder, mit solchen Redensdingen nicht. Sie sind ja ganz belanglos. Solch ein Philtzer kannst du doch nicht sein!“

Er preßte die Hände gegen die Schläfen. „Aut, Tamara, nie werd ich wieder darauf zurückkommen. Dazu bin ich zu stolz. Dir gefällt das Provisorische des ganzen Erlebnisses. So muß ich mich also dazwischen finden —“

„Das Provisorische nennst du es. Meinnetwegen. Aber — wisse: dieses Provisorische, dieses zeitliche Begrenzte — du — es soll — es wird das Schönste sein, was mir hienieden beschieden ist. Hörst du wohl?! Das Beste — die Blume — die Blüte meines Seins. Ist das vorüber — dann — dann erwarte ich nichts Nennenswerthes mehr. Hast du verstanden?“

Er blickte ratlos drein.

„So laß dir sagen, Liebest: wir müssen ganz dem Augenblicke leben. Jede Sekunde auskosten. Eben deshalb — weil es eines Tages aus sein wird. Tu — du warst es doch, der mir das Dichtwort zitierte: nur das Vergängliche sei schön. Mein Schönstes will ich mit dir erleben. Ist das nicht genug?“

Er schweig. Sah grübelnd vor sich hin.

„Stell dich darauf ein, Geliebter. Es muß sein. So war unser Pakt. Wir wollen uns an ihn halten. Tu wirft schon lernen.“

Er sah ihr in die Augen — forschend, prüfend — lange. Er suchte auf dem Grunde ihrer Seele zu lesen, das Rätsel ihres Wesens zu ergreifen. Er kam ihm nicht näher. Da raffte er sich zusammen. Sie war im Recht. Sie hielt das Abkommen, unter dem sie einander sich genähert hatten. Wenn sie sich stark genug fühlte, es zu halten, so mußte auch er, der Mann, der Stärkere, sich hierzu fähig zeigen.

Run gut also. Dem Augenblicke völlig leben. Ihn ganz auskosten. Das war die Parole. Was danach kam, mußte eben ertragen und hingenommen werden. Er konnte an dieser Sachlage nichts ändern — schon — man wolle den Traum genießen — so kurz oder so lang er eben dauern würde —

Als schüttelte er gewaltsam eine Dast von den Schultern, sprang er auf, weitete die Arme, dehnte die Brust, zog den Atem tief in die Lungen hinein.

Auch Tamara sprang auf, hing sich in seinen Arm, gleich, als wollte sie zeigen, wie sie diesen Tag ganz als ihr eigen gewinnen wollten, ohne jede Rücksicht auf die Menschen.

Jetzt stiegen sie zum Schloß hinauf, genossen den Fernblick, strichen um die hohen Fenster, hinter denen bereitst zwei Gemies gewohnt, der große Staatsmann

und Feldherr — und der große Richter und Menschenbefreier.

Wert zeigte in die Richtung des Turmes der Gar-nisonkirche.

„Dort liegt er nun, der große Feld — in enger Kammer unter der Kanzel, — er, der Urtheil, der den Sohn hatte hinrichten lassen wollen. Koltrare aber hat kein Grab gefunden. Kulturfeinde stahlen bei Nacht seine Reste aus dem Pantheon, verguben sie am Schind-anger. Niemand kennt die Stelle —“

Schweigend stiegen sie hinauf — bei der Mühle vorbei — schlenderten durch den Park. Sahen auf den Bänken. Schauten den spielenden Kindern zu, freuten sich des ersten Zitronenalters, der zuräulich auf Tamaras dunkelblauem Kermel die Hügel platt legte, sich von den Sonnenstrahlen lieblos lieg. Es war so schön, beieinander zu sein, zu schwagen oder zu schweigen, mit einem Blick, einem Händedruck sich wortlos Dinge zu sagen, die namenlos beseligten.

Als dann die schöne Mittagwärme verebbte, ein kühler Wind sich erhob, an die Jugend des Jahres gemahnte, — da traten sie langsam den Rückweg an.

Es war gegen halb vier. Jetzt freilich war ganz Gotsdam auf den Beinen, füllte die Wege in sonnigstem Bus. Die leeren Berliner in Scharen dazwischen, die eleganten Ausländer in den Autos, den rotgebundenen Reiseführer in den Händen.

Als sie endlich — die beiden, beim alten traulichen Ein-siedlerhotel anlangten, sagte Tamara: „Du — jetzt bin ich müde und hungrig. Aber sieh doch nur die vielen Autos vor dem Hause. Ich hab' Angst, hineinzugehen.“

„Nimm den Schleier vor. Wir gehen rasch hinein. Es ist ein kleines Extrazimmer für unser Diner reserviert.“

Tamara sah ihn bewundernd an. Mit welcher Umsicht hatte er an alles das gedacht.

Jetzt half er ihr, den Schleier festmachen. Dann sah sie sich ein Herz und stieg mit großem Verschlößen die Stufen des Hotels zu dessen Portal hinauf.

Wert ging voran.

Man begrüßte ihn mit stummer Verbeugung, geleitete das Paar eilig über einen schmalen Gang in ein kleines Hinter-zimmer, wo ein blumengeschmückter Tisch mit zwei Decken ihrer wartete. (Fortsetzung folgt.)

aus Stadt und Land.

Musik, den 9. Dezember 1925

Süße — verboten!

Das sächsische Ministerium des Innern erläßt unter dem 7. Dezember folgendes Verbot:

1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird das Mitführen von Süßen und Dundepeitschen sowie ähnlichen zum Schlagen verwendbaren Gegenständen, die zur Verletzung oder zur Einschüchterung dienen können, bei Versammlungen und Aufmärschen hiermit verboten.

2. Zuwiderhandlungen werden, vorbehaltlich des § 19 Ziffer 2 des Reichsvereinsgesetzes, mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

3. Ziffer 2 des in der ministeriellen Verordnung anzuwendenden § 19 des Reichsvereinsgesetzes besagt:

Mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark an deren Stelle im unbedeutenden Falle Haft tritt, oder mit Haft bestraft: 2. wer unbefugt in einer Versammlung oder in einem Aufzug betätigt erscheint (§ 11).

Es wird interessant sein, in Zukunft festzustellen, wie die Durchführung des Verbotes erfolgt.

Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Preisen nach Berlin.

Die bisher von Dresden, Leipzig und Chemnitz nach der Reichshauptstadt gefahrenen billigen Sonderzüge haben sich einer außerordentlichen Beliebtheit und des regsten Zuspruches erfreut. Den Wünschen weiter Kreise entsprechend, soll deshalb ein solcher Vergnügungszug am 12.—13. Dezember auch von den westsächsischen Städten: Plauen, Reichenbach, Werdau, Crimmitschau, Göhrnitz, Altenburg über Leipzig nach Berlin gefahren werden. Für ein den Aufenthalt in der Reichshauptstadt voll ausnützendes Vergnügungsprogramm ist gesorgt. Durch Abkommen mit verschiedenen Unternehmen ist es der Eisenbahnverwaltung gelungen, hierbei bedeutende Vergünstigungen für die Teilnehmer zu erzielen. Der Sonderzug fährt am Sonntag, den 12. Dezember, nachm. 1.30 Uhr ab Crimmitschau und kommt 6.15 Uhr in Berlin, Anhalter Bahnhof, an. Die Rückfahrt erfolgt Sonntag abend 7.50 Uhr ab Anhalter Bahnhof Berlin; der Zug trifft 12.30 Uhr nachts in Crimmitschau ein. Die ermäßigten Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt betragen ab Crimmitschau 10.40 Reichsmark. Für die Veranstaltungen in Berlin liegen an den Fahrkartenschaltern der Einsteigestationen sieben Sorten Zusatzkarten auf. Es wird geboten: Autorundfahrt und wahlweise Straßenbahnrundfahrt durch Berlin mit Führung, Besuch des Zoologischen Gartens, Besichtigung des Flughafens, Tempelhofer Platz, Besuch von Museen, gemeinsames Mittagessen, Hotelunterkunft mit Morgenfrühstück, ferner eine Besichtigungsfahrt auf der Hoch- und Untergrundbahn. Für den Sonnabend abend werden preisermäßigste Eintrittskarten für das Große Schauspielhaus (Revue) und die Städtische Oper (Hofmanns Erzählungen) bereit gehalten. Die Entnahme der Zusatzkarten und Theaterkarten wird sehr empfohlen, weil sie den Aufenthalt in Berlin verbilligt und weil die Reisenden mit Zusatzkarten alle Sehenswürdigkeiten Berlins unter fundiger Führung zu sehen bekommen. Nähere Auskunft erteilen die Fahrkartenausgaben in Crimmitschau.

Die 24-Stunden-Uhr. Die deutsche Reichsbahn beabsichtigt die Einführung der 24-Stunden-Uhr, wie sie im Ausland bereits im Gebrauch ist. Es darf dabei darauf hingewiesen werden, daß das jüngste Verkehrsmittel, der Luftverkehr, die Umstellung auf die moderne Reitzählung bereits vollzogen hat und daß das Reichsluftfahrtbuch alle Reitanlagen nach der 24-Stunden-Uhr gibt.

Sächsische Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 8. Dez. Heute begann vor dem 3. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ein umfangreicher Hochverrats- und Sprengstoffprozeß gegen eine größere Anzahl sächsischer Kommunisten. Es sind angeklagt sieben Arbeiter aus Chemnitz, zwei aus Crimmitschau, ferner ein Kinobesitzer und ein Bergarbeiter aus Oelsnitz im Erzgebirge. Es wird ihnen zur Last gelegt, in den Jahren 1923 und 1924 für Chemnitz und anderen Orten militärische Hundertschaften gebildet und diese mit Waffen ausgerüstet zu haben. Auch sollen sie die Besetzung der Schupo betrieben haben. Die Verhandlungen, denen ein Vertreter des Ministeriums des Innern beiwohnt, werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Am 3. Weihnachtstages (Sonntag) darf gebadet werden.

Auf Anfrage der Bäder Dresdens teilt das Gewerbeaufsichtsamt Dresden mit, daß nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung an den Sonntagen, die unmittelbar auf zwei Feiertage fallen, den Bädereien gestattet ist, wie an den Werktagen zu arbeiten, ohne daß es einer behördlichen Erlaubnis dazu bedarf. Dieser Fall tritt diesmal beim dritten Weihnachtstages, der auf einen Sonntag fällt, ein. Man wird also an diesem Tage frische Bäderwaren erhalten können.

Eine Weihnachtsgabe an Kinderreiche Familien soll auch in diesem Jahre wieder vom Wohlfahrtsamte beim Räte der

Sächsischer Landtag.

Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner — Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung der Gemeindefürsorge — Not der Kinderreichen Familien — Änderung des Jagdgesetzes.

Dresden, den 8. Dezember 1925.

Am 4. November hat die deutschnationale Fraktion eine kurze Anfrage wegen der

Fürsorge für die Sozial- und Kleinrentner

an die Regierung gerichtet.

Ministerialrat Dr. Maier erklärt,

daß die Anfrage von einer falschen Voraussetzung ausgeht. Durch die genannte Reichsverordnung vom 7. September ist nicht eine Erhöhung der bestehenden Fürsorge für die Sozial- und Kleinrentner um 25 Prozent angeordnet, sondern nur bestimmt worden, daß durch die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmten Stellen den drückenden Verhältnissen angepaßte Richtsätze für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhalts der Hilfsbedürftigen festzusetzen seien, und daß bei der Bemessung der Unterstützung für Sozial- und Kleinrentner und die ihnen Angehörigen angemessene Mehrleistungen zu geben seien, die in der Regel wenigstens ein Viertel des allgemeinen Richtsatzes betragen. Die sächsische Regierung sei daher nicht in der Lage, nach der in der Anfrage geforderten Weise für die Sozial- und Kleinrentner Maßnahmen zu treffen, weil Maßnahmen, die der Anfrage entsprächen, einen mit den Gegebenheiten nicht vereinbaren Eingriff in die Selbstverwaltung darstellten. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sei aber bemüht, im Rahmen der Gesetze für eine weitestmögliche Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner Sorge zu tragen. Dies geht schon daraus hervor, daß das sächsische Wohlfahrtsministerium in der Bestimmung des § 11 der nunmehr erfolgten Reichsregelung vorgezeichnet sei. Ferner habe das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium die von den Bezirksfürsorgeverbänden festgesetzten Richtsätze ständig überwacht und dort, wo diese ungenügend erschienen, auf eine Erhöhung hingewirkt. In einer Verordnung vom 18. April 1925 habe das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium die von den Bezirksfürsorgeverbänden anheimgegebenen Richtsätze für die Sozial- und Kleinrentner bei der Bemessung der Unterstützung nicht voll in Ansatz zu bringen. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium werde auch weiterhin in gleicher Weise sich bemühen, die Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner wie alle anderen Hilfsbedürftigen zu fördern. Andererseits dürfe nicht verkannt werden, daß die Klagen, die gerade im Laufe des Sommers und Herbstes aus den Kreisen der Kleinrentner erhoben werden, zu einem großen Teile auf den enttäuschten Hoffnungen beruhen, die diese Kreise nach den ihnen vorher gemachten Versprechungen auf die Aufwertung gesetzt hätten. Die Fürsorge sei nur in der Lage, den einzelnen notleidenden Sozial- und Kleinrentnern individuell zu helfen. Sie vermöge aber nicht, einen Schadenersatz für eine unzulängliche Aufwertung zu gewähren.

Abg. Gabel (Komm.) begründet dann einen Antrag seiner Fraktion zu den

Richtlinien über Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeiter der Gemeinden.

Er fordert eine Anzahl Änderungen dieser Richtlinien, insbesondere, daß die Beitragsleistungen von den Arbeitern nicht verlangt werden, die Berechnungszeit für Vollbeschäftigte auf 30 Stunden je Woche herabgesetzt und der Beginn der ohne weiteres anzunehmenden Arbeitsunfähigkeit auf das 60. Lebensjahr festgesetzt wird, ferner daß die Berechnung der ruheohnfähigen Dienstzeit auch auf die Zeit ausgedehnt wird, in der keine Beiträge gezahlt werden, und der Anspruch auf Ruheohn auch bestehen bleibt bei Verrentung der bürgerlichen Ehrenrechte, bei Verbüßung von Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen, soweit diese wegen politischer Vergehen erkannt sind. Die Höhe des Ruheohns sollten auf 30 bis 80 Prozent des Lohnes festgesetzt und die Beiträge aus Invalidenversicherung nicht mehr als zu 50 Prozent in Anrechnung gebracht werden.

Stadt Kue verabschiedet werden. Familien mit vier (Witwen mit drei) und mehr unterhaltsbedürftigen Kindern sind durch Anschlag aufgefördert worden, einen Anmeldebchein hierzu beim Wohlfahrtsamte zu entnehmen. Dieser Schein kann noch bis Ende dieser Woche dort abgeholt werden.

Die Volkshochschul-Hauptausstellung, die für heute mittag angelegt war, findet erst am Montag, den 14. Dezember nachmittags 4 1/2 Uhr statt.

Schwarzberg. Sprechstunde des Bezirksarztes. Zur Erlebigung der Geschäfte des Bezirksarztes in Schwarzberg hält Obermedizinalrat Dr. Koy aus Jockau bis auf weiteres Sprechstunden in der Wohnung des verstorbenen Bezirksarztes Dr. Tietze in Schwarzberg ab, und zwar Montags und Donnerstags von 11—1, 2—3 Uhr.

Jägersgrün. Ein folgenschwerer Unfall mit tödlichem Ausgange trug sich am Sonntag nachmittag in Muldenhammer zu. Infolge des dichten Nebels, der einen freien Ausblick auf die Straße verhinderte, wurde hier der 72 Jahre alte Richard Kunz aus Hammerbrücke, früherer Bürgermeister in Tannenbergsgrün, von einem Kumpelgrüner Lastfuhrer überfahren und erlitt dabei wahrscheinlich schwere innere Verletzungen, die abends den Tod herbeiführten. Der alte Mann hat das Geschick vielleicht überhört.

Hobersdorf. Entgleist. Beim Rangieren mit Zug 9970 entgleiste am Montag vormittag gegen 7 Uhr in Hobersdorf ein beladener Wagen mit vier Achsen, wodurch das Hauptgelenk Jockau—Gallenstein etwa drei Stunden lang gesperrt war. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Der Materialschaden ist gering.

Stärkere Regelungen sollten bestehen bleiben. — Der Redner äußert u. a., daß die Arbeiter nicht schlechter gestellt werden dürften als vor 25 Jahren.

Abg. Berner (D.N.) kennzeichnet den Standpunkt seiner Fraktion zu dem Antrag. Einige Forderungen seien bereits erfüllt, gegen einige andere hätte die Fraktion nichts einzuwenden. Bedenken beständen jedoch gegen die Forderungen, die über das hinausgehen, was den Beamten und Angestellten ausbezahlt worden sei.

Abg. Voigt (D. Sp.) steht in dem kommunistischen Antrag ausnahmsweise einmal einige Punkte, über die verhandelt werden könnte. Daß der Anspruch auf Ruheohn bei Ehrenrechtsverlust sowie Zuchthaus- und Gefängnisstrafen bestehen bleiben solle, dem würden seine und andere Fraktionen oder nicht zustimmen können.

Innenminister Müller

teilt mit, es schwebten Erwägungen darüber, ob die Richtlinien geändert werden könnten. Eine sächsische Unterlage für eine solche Änderung hätte der kommunistische Antrag freilich nicht. Die Regierung sei bereit, im Ausschuß noch einzelne Auskünfte zu geben.

Eine Anfrage der Demokraten, die von dem Abg. Dr. Senfert begründet wird, befaßt sich mit der

Not der Kinderreichen Familien.

Ministerialrat Dr. Maier gibt die Not der Kinderreichen Familien an. Die Bereitstellung ausreichender Wohnungen liege nicht im Aufgabenbereich der Wohlfahrtsämter — Bezirksfürsorgeverbände — es handle sich hier vielmehr um eine Gemeindeaufgabe. In Ausführung des Reichswohnungs-mangelgesetzes ordne § 22 der sächsischen Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel an, daß Familien mit drei oder mehr Kindern vorzugsweise bei der Vergebung von Wohnungen zu berücksichtigen seien. Die Beschaffung von Betten und Bettwäsche, sowie von Wintervorräten für bedürftige Kinderreiche Familien sei in erster Linie Aufgabe der Bezirksfürsorgeverbände. Da das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium seinerseits die Förderung dieser Fürsorge für Kinderreiche Familien für dringend geboten erachte, habe das Landeswohlfahrts- und Jugendamt in seiner letzten Sitzung 100 000 Mark zur Verfügung gestellt, die zur Fürsorge für Kinderreiche Familien in den Bezirksfürsorgeverbänden Verwendung finden sollten. Aus Mitteln, die noch aus der „Brotbacke“ zur Verfügung stehen, habe das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium seinerseits diesen Betrag auf 120 000 Mark erhöht.

Abg. Schreiber (D.N.) begründet eine Anfrage, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß sich bei der

Durchführung des Jagdgesetzes vom 1. Juli 1925

sehr viel Unklarheiten, Schwierigkeiten und Härten ergeben hätten. Er fragt, ob die Regierung bereit sei, diesen Unzulänglichkeiten durch eine Revision des Jagdgesetzes abzuwehren. Es sei sehr leicht, alte Bestimmungen mit einem Federstrich zu beseitigen, aber sehr schwer, einwandfreie neue Bestimmungen zu schaffen. Man solle nicht ohne große Not bestehende Gesetze ändern. Unsere Gelegenheitsmaschine solle mit weniger Hochdruck arbeiten. Der Redner geht auf eine Reihe solcher Unklarheiten im Jagdgesetz ein und bringt hierzu Wünsche vor. Insbesondere würden die Bestimmungen über die Verweigerung von Jagdkarten in Widerspruch mit dem Rechtsempfinden des Volkes, wie der Abgeordnete an mehreren Beispielen nachweist. Der augenblickliche Zustand sei unhaltbar, und es müsse so schnell wie möglich eine Änderung herbeigeführt werden. Das ganze Verfahren bei der Bildschadenvergütung sei zu kostspielig und umständlich. Es gehe nicht an, daß unter Jagdgesetz in Widerspruch stehe zu den Gesetzen der Nachbarländer.

Wirtschaftsminister Müller

nimmt zu der Anfrage Stellung. Bis jetzt seien erhebliche Klagen wegen des Jagdgesetzes noch nicht gekommen, abgesehen von Beschwerden wegen Entziehung der Jagdkarte, von denen einige beachtlich seien. Inwieweit eine Änderung ein-treten könne, solle noch abgewartet werden.

Plauen. Ungetreuer Postbeamter. Der Postassistent Herzer wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Amtsverbrechens zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. In seiner Eigenschaft als Postbeamter hat er vom Februar 1924 bis zum Juli 1925 eine Reihe von Einschreibebriefen und Wertsendungen geöffnet und daraus Bar-einlagen in Höhe von 2800 Mark und 104 Dollar entwendet.

Chemnitz. Explosion einer Gasuhr. Am Montag vormittag erfolgte in einer Klempnerei an der Leisnauer Straße beim Aufstanen der ausgetrockneten Gasleitung eine Explosion der Gasuhr. Dadurch wurden zwei Schau-fenster des Ladens zertrümmert und eine Anzahl im Laden befindliche Lampen beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Der Schaden soll sich auf ungefähr 2000 Mark belaufen.

Leipzig. Explosion einer Handgranate. In der Nacht zum 8. Dezember ist von unbekannter Hand an der Ecke der Windmühlen- und Emilienstraße eine Stielhand-granate zur Explosion gebracht worden. Verletzungen von Menschen sind nicht vorgekommen. Es sind aber insgesamt etwa 20 Fensterhebeln der Nachbarschaft durch den bei der Explosion entstandenen Luftdruck zertrümmert worden. Durch aufsteigende Rote konnte einwandfrei festgestellt werden, daß tatsächlich eine Stielhandgranate verwendet worden ist.

Leipzig. Damasker-Ührung. Aus Anlaß des 60. Geburtstages des Vorkämpfers der deutschen Bodenreform-Bewegung Dr. Damasky hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, eine Straße Damasky-Straße zu nennen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Fritz Debus. Druck u. Verl.: Kuer Druck- u. Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Kue.

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Einfach in kochendem Wasser aufgelöst, ergibt der Würfel gut 1/2 Liter kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.



